Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück
Dresden, 1893.

Curt Heinsius
Dresden-N., Tieckstr. 27
Fernsprech-Amt II, 2100.
Mehrjährige Garantie.
Kostenfreie Probe.
8 Mal prämiirt. 60,000 St. in Function.
Geräuschlose Thürschliesser mit doppelter Luftentleerung. Gewalts. Schliessen schadlos.

Steingut unter Bazar-Preisen
2 Mk. Waschgeschirre bunt
Alles Bedarfsgeschirr
J. G. Klingner No. 3. Waisenhausstr.

WEIN-Handlung -Stuben ← Portikus a. d. Markthalle
Max: Kunath, Wallstr. 8.

L. Weidig
Waisenhausstrasse 34
Neuheiten in elegant garnirten Damenhüten
Grosse persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, Paris, London.

Atelier Corsets
Heinrich Plaul, Dresden, Wallstr. 25.

Special-Anfertigung von Ehrengeschenken, Prachtalbums, Einband-Decken mit Adressen von den einfachsten bis zu den kostbarsten Ausstattungen.
Ed. Pachtmann, Pragerstr. 11.

Nr. 284. Spiegel: Börsensteuer. Hofnachrichten. Beisetzung des Grafen Fabrice. Tabakindustrie. Diaconissenanstalt. Gesammtrathssitzung. Gewerbeverein, „Germania". Gerichtsverhandlungen. „Der Kuß".
Mittwoch, 11. October.

Politisches.

Bei der Erörterung der Frage der Deckung der neuen Militärlasten hat die Börsensteuer stets die erste Stelle eingenommen. Von den Maltzahn'schen Steuergesetzentwürfen, nach denen die drei B's, die Börse, der Branntwein und das Bier, bluten sollten, fand im verflossenen Winter im Reichstage nur der Vorschlag, daß die Börse vor Allem als Steuerobjekt herangezogen werden müsse, eine Mehrheit. Selbst der Wortführer der Nationalliberalen von Marquardsen versicherte, daß die Börsensteuer diejenige sein werde, welche man vor dem Volke am besten verantworten könne. Kurz vor der Annahme der Militärvorlage ließ der Reichskanzler die Bier- und Branntweinsteuerprojekte fallen und versicherte, daß nur eine „ausgiebigere Besteuerung der Börse" feststehe. Dem Reichskanzler und der Reichsregierung mochte hierbei die Ueberzeugung vorschweben, daß gerade die Börse zu den starken, steuerkräftigen Elementen im Wirthschaftsleben des Reiches gehöre und daß besonders sie eine stärkere Besteuerung am wenigsten drückend empfinden werde. Ferner hat in Uebereinstimmung hiermit der Leiter der preußischen Finanzen Miquel während der Frankfurter Finanzminister-Konferenz einer Deputation von Börsenleuten gegenüber erklärt, daß eine Mehrbelastung der Börse nach Lage der Sache gar nicht zu umgehen sei. Die Kosten des neuen Militärgesetzes müßten aufgebracht werden und Niemand werde eine neue Steuer der Börse durchsetzen können, ohne daß zugleich eine weitere Besteuerung der Börse erfolge. Während jeder andere Steuervorschlag auf der einen oder der anderen Seite Gegner finde, werde die Mehrbesteuerung der Börse im Volke und so ziemlich von allen Parteien gefordert und gebilligt.

Der Zeitpunkt, wo die beiden gesetzgebenden Körperschaften des Reiches, der Bundesrath und der Reichstag, sich mit der Lösung der Deckungsfrage zu befassen haben werden, rückt immer näher heran; aber merkwürdigerweise sind bisher auch nicht die geringsten positiven Angaben über die Grundlagen der in Aussicht gestellten Börsensteuer in die Oeffentlichkeit gelangt, während man sich mit einer an sich recht anerkennenswerthen Offenherzigkeit beeilt hat, die wenig erbaulichen Wein- und Tabaksteuergesetzentwürfe, die an Stelle der ursprünglichen, ebenso unpopulären Bier- und Branntweinsteuervorschläge getreten sind, rechtzeitig der öffentlichen Kritik darzubieten. Man fragt verwundert, warum man sich über die „unumgängliche" Börsensteuer, die nach der Ansicht des Reichskanzlers wie des preußischen Finanzministers bei der Deckungsfrage doch in erster Linie in Betracht kommen soll, noch immer beharrlich ausschweigt? Man kann schwerlich annehmen, daß die Regierung vor dem fortgesetzten kläglichen Gejammer der Börsenblätter, die angesichts der angekündigten Mehrbesteuerung der Börse einen vollständigen Zusammenbruch derselben prophezeien, den Rückzug angetreten habe. Welche Stellung die Herren von der Börse zur Börsensteuer einnehmen, geht u. A. aus dem letzten Jahresberichte des Aeltestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft hervor. Dort wird die naive Frage aufgeworfen, woher denn eigentlich der Staat das Recht nehme, „einer einzelnen Klasse von Gewerbetreibenden" — hiermit sind die Börsianer gemeint — „eine neue und erhebliche Last aufzuerlegen." Es wird kurz erklärt, die Freunde und Befürworter der Börsensteuer und Vorlage seien zu einer ernsten Prüfung der Sache nicht fähig und bereit. Selbstverständlich wird die Frage, ob die Börse überhaupt eine noch höhere Belastung tragen könne, in allen „Fachkreisen" schlechthin verneint. Zur Begründung hierfür wird auf die gegenwärtige Mißstimmung, die an allen deutschen Börsen herrsche, und auf die verzweifelte Lage des Bankgeschäftes in Deutschland hingewiesen. Vor einiger Zeit stimmte die „Frankf. Ztg." eine rührende Klage über die Verödung der Berliner Luxusrestaurants „Unter den Linden" an, die als eine Folge der Geschäftsflaue an der Börse zu betrachten sei. Neuerdings erhebt auch der Berliner Börsencourier ein lautes Wehgeschrei darüber, daß die schönen Tage in Aranjuez nun zu Ende sind. Aus der gegenwärtigen ungünstigen Geschäftslage für die Bank- und Börsenwelt, die doch nur eine als vorübergehende anzusehen ist, kann natürlich nicht gefolgert werden, daß die Börse überhaupt keine höhere Besteuerung vertrage.

Daß die deutsche Börse eine weit höhere Besteuerung, als sie gegenwärtig besteht, vertragen könne und werde, ohne daß ihre Existenzbedingungen untergraben werden und ohne daß sie ihre Bedeutung im Weltmarkte verliert, ist eine im deutschen Volke und in der Mehrheit des Reichstages tief gewurzelte Ueberzeugung, die nicht durch die beweglichsten Klagen über momentane Geschäftsflauheit erschüttert werden kann. In Frankreich ist ungefähr das Fünffache an Steuern von der Börse genommen worden, als in Deutschland, und die dortige Börse ist deswegen keineswegs zusammengebrochen. In Frankreich besteht neben der Emissionssteuer und der Umsatzsteuer noch eine Schlußnotensteuer, deren Gesammtergebniß im Jahre 1886 57 Millionen, im nächsten Jahre 60 Millionen und im Jahre 1888 62 Millionen betrug, während unsere Börsensteuer in denselben Jahren nur 9 bezw. 13 und 12 Millionen brachte. Dr. Mehnert hat in seiner Reichstagsrede vom 19. Januar d. J. mit absoluter Sicherheit einen Ertrag von jährlich 50 Millionen Mark herausgerechnet, für den Fall, daß unter Hinzunahme einer erhöhten Emissionssteuer die gegenwärtige Stempelsteuer für alle wirklichen Geschäfte verdoppelt, für die reinen Differenzgeschäfte, die eigentlichen Börsenspielgeschäfte, aber verzehnfacht würde.

Eine Hauptforderung, die bei jeder Reform der Börsensteuer gestellt werden muß, ist die Einführung einer Emissionssteuer und einer nachdrücklichen Besteuerung der reinen Differenzgeschäfte. Denn es handelt sich bei der Börsensteuer nicht blos um ein finanzielles, sondern auch um ein ethisches, ein sozialpolitisches Moment. In Folge der wüsten Ausschreitungen und Auswüchse des Börsenthums in den letzten Jahren ist das Bewußtsein allgemein geworden, daß die Börse neben ihren legitimen Zwecken der Herd einer wilden Spekulation geworden ist, die sich von den Hazardspielen der concessionirt gewesenen Spielhöllen lediglich durch den höheren Einsatz unterscheidet. Die sittlichen Schäden, die hiermit verbunden sind, liegen auf der Hand und sind auch schon so vielfach erörtert worden, daß es überflüssig ist, näher darauf einzugehen. Mit Recht hat Dr. Mehnert in der erwähnten Rede ausgeführt, daß in dem Differenzgeschäfte und der ihm innewohnenden Verlockung und Verführung weiter Kreise unseres Volkes zum Börsenspiel das Hauptübel der Börse liege, welches endlich auf eine oder andere Weise getroffen werden müsse. „Das hat auch zur Folge," sagte der konservative Führer, „daß dem gewissenlosen Bankier, der zur Vermittelung des Spielgeschäftes anlockt, die Kundschaft zuläuft, und daß dem anständigen, soliden, zuverlässigen Bankier die Kundschaft mehr und mehr durch derartige gewissenlose Leute verloren geht. Ist aber einmal das Differenzspiel nicht aus der Welt zu schaffen durch absolutes Verbot — und es scheint ja, als wäre das nicht der Fall — so sollen wenigstens Diejenigen, die sich an einem derartigen Geschäft betheiligen, nach Analogie der bei anderen Spielgeschäften gezahlten Steuer etwas kräftiger und zwar etwas viel kräftiger als bisher herangezogen werden. Hat die Erhöhung andererseits den Erfolg, daß Viele vom Spiele abgeschreckt werden, so ist auch dieser Erfolg im allgemeinen sittlichen und sozialen Interesse nur mit Freude zu begrüßen."

Eine zweite Nothwendigkeit ist ferner eine hohe Emissionssteuer, durch die ein gewisser Schutz vor weiteren Verlusten an auswärtigen Anleihen gewährt wird. Hunderte von Millionen sind verloren gegangen durch die Anlage deutschen Kapitals in zweifelhaften exotischen Papieren. Nach einer kürzlich veröffentlichten Berechnung der „Südd. Bank- und Handelsztg." hat Deutschland in den letzten 7 bis 10 Jahren an einer Anzahl auswärtiger Papiere 760 Millionen Mark verloren. Ungezählte Millionen sind bei einer Reihe anderer zweifelhafter ausländischer Werthe verloren gegangen, sodaß nicht mit Unrecht behauptet worden ist, mit den Summen, die wir durch die Exoten eingebüßt haben, hätte die gesammte deutsche Reichsschuld getilgt werden können.

Es ist die höchste Zeit, daß das unverdiente und ungerechte Privileg, das hinsichtlich der Besteuerung bisher das mobile, besonders an den Börsengeschäften betheiligte Kapital genossen hat, beseitigt und dieses weit mehr als bisher zu den Steuerzwecken herangezogen wird. Sehr richtig ist auch hervorgehoben worden, daß kein Geschäft annähernd von den Verkehrseinrichtungen der Neuzeit so große Vortheile gehabt hat wie gerade das große Geldgeschäft. Post, Telegraph, Telephon, selbst Dampfersubvention u. s. w. sind zum weitaus beträchtlichsten Theile gerade diesem Geschäfte zu Nutzen gewesen. Daher würde es nur ein Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit sein, wenn endlich ein Börsensteuergesetz zu Stande kommt, das nach allen Richtungen hin den dringlichen Forderungen nach weit stärkerer Heranziehung der Börsengeschäfte zu Steuerzwecken, besonders soweit diese Geschäfte spekulativer Natur sind, entspricht.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. October.

Berlin. Der Kaiser empfing gestern Nachmittag in Hubertusstock den Finanzminister Dr. Miquel zum Vortrag. — Prinz Leopold wohnte heute Nachmittag in Vertretung des Kaisers der Trauerfeier des verstorbenen Generals v. Versen bei. — Prinz Friedrich August von Sachsen beehrte heute das in der Herwarthstraße gelegene Panorama von Mars la Tour mit seinem Besuch. — Reichskanzler Graf von Caprivi trifft am 15. d. M. aus Karlsbad wieder in Berlin ein. — Ueber das Befinden des Fürsten Bismarck hat Prof. Schweninger Anfang voriger Woche wieder einen umfangreichen Bericht an den Kaiser erstattet. — Geh. Rath Prof. Reuleaux erklärt die durch die Zeitungen gegangene Behauptung, wonach er in einer in Chicago gehaltenen Rede die deutschen Arbeiter unter die amerikanischen gestellt hätte, für unwahr. In einer Ansprache im Ingenieur-Kongreß habe er die bedeutenden Fortschritte der Amerikaner in Bezug auf Werkzeug-Vorrichtungen und Maschinen für Genauigkeits-Messungen hervorgehoben, von der Tüchtigkeit der Arbeiter habe er gar nicht gesprochen. — Betreffs der neuen Steuerprojekte sollten nach der Meldung eines hiesigen Telegraphenbureaus seitens der Regierung an zwei hervorragende Parteiführer Privatumfragen ergangen sein, die ergeben hätten, daß sowohl die Wein- wie die Tabaksteuer auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen dürften und keinesfalls in jetziger Fassung auf Annahme rechnen könnten. Von berufener Seite wird mitgetheilt, daß solche Umfragen überhaupt nicht ergangen sind. — Die vollständige Veröffentlichung des Tabakfabrikatsteuer-Entwurfes soll in allernächster Zeit noch lange vor Eröffnung der Reichstagssession zu erwarten sein, dagegen soll es über wesentliche Punkte des Weinsteuer-Entwurfes zwischen den Regierungen zu einer Verständigung noch nicht gekommen sein. — Dem kaiserlichen Gesundheitsamte sind seit gestern früh aus Stettin zwei, aus Grabow an der Oder und aus Neuenfeld, Regierungsbezirk Stade, je eine Erkrankung gemeldet. — Hofprediger Stöcker kehrt noch im Laufe dieser Woche aus Amerika zurück. — Die „Kreuzztg." schließt eine Betrachtung der Schießaffaire des Generals v. Kirchhof, die sie als einen Akt der Nothwehr bezeichnet, mit der Hoffnung, daß die That des Generals nicht ohne Folgen bleiben werde, da sie, nachdem sie ein erschreckendes Licht auf die Wehrlosigkeit des von höchstem Ehrgefühl durchdrungenen Mannes gegenüber den modernen Skandalpressen geworfen hat, zu neuen Rechtsbestimmungen führen werde, welche geeignet seien, Haus und Familie wirksamer als bisher vor den Ausdünsten dieser Presse zu schützen. — Ueber die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen wird mitgetheilt: Die Liste der deutschen Forderungen umfaßt 77 Positionen. Der bisherige Gang der Verhandlungen hat bereits erkennen lassen, daß deren Dauer nicht, wie man anfänglich wohl annahm, nach Wochen zu berechnen ist, sondern mehrere Monate in Anspruch nehmen wird. Von deutscher, an der Verhandlung betheiligter Seite verlautet, daß Ostern herankommen dürfte, ehe sie zum Abschluß komme. Die Preise der meisten wichtigsten Lebensmittel sind nach der letzten Tabelle der statistischen Korrespondenz im September dieses Jahres weiter zurückgegangen. Der Weizen ist so billig, wie er seit Einrichtung der betreffenden Statistik, im Oktober 1882, noch niemals gewesen ist; der Roggen war seit 1888 nur einmal, im März dieses Jahres, billiger; die Fleischpreise halten sich meist auf ihrem niedrigen Stand; die Futtergewächse u. s. w. beginnen von ihrer Höhe langsam herabzugehen.

Glogau. Großes Aufsehen erregt hier der Selbstmord des Militärarztes Markus; derselbe erschoß sich eine Stunde vor der ersten Vernehmung über ein begangenes Sittlichkeitsverbrechen.

Wien. Im Abgeordnetenhause überreichte heute der Finanzminister Dr. Steinbach das Budget für 1894, dessen gesammtes Erforderniß sich auf 618,424,237 Gulden beläuft. Die Gesammtbedeckung beträgt 619,165,779 Gulden, der Ueberschuß demnach 411,542 Gulden. Der Landesvertheidigungsminister empfahl die Annahme der Landwehrgesetznovelle behufs Ausgestaltung der Wehrmacht und hob dabei hervor, auch der erhöhte Landwehrpräsenzstand bleibe noch hinter demjenigen anderer Staaten zurück. Finanzminister Dr. Steinbach betonte, das neue Budget sei besser als das vorjährige; es seien, trotz des Fortfalles der 6 Millionen außerordentlicher Einnahmen des Vorjahres, noch 3 Millionen zur Schuldentilgung verwendbar geblieben und sei auch überdies das Mehrerforderniß von 8 Millionen gedeckt. Dies sei die Folge des Anwachsens der Staatseinnahmen. Das Steigen des Heeresbudgets werde fortdauern, weil es eine Folge der politischen Verhältnisse sei, an dem wenig geändert werden könnte. Die sinkenden Einnahmen aus dem Lotto führten zu dem allmählichen Verschwinden desselben, eine Ersetzung des Lottos durch eine große Klassenlotterie könne er, der Minister, nicht empfehlen. Die Grundsteuern seien niedriger eingestellt (Beifall). Behufs Reform der Beamtengehalte seien die Vorarbeiten im Gange. Das Budget mache wirthschaftlich keine unangenehmen Eindruck, biete vielmehr ein erfreuliches Zeugniß der Fortentwickelung des Staatsganzen. Der Minister besprach sodann die Valutaregulirung und bekämpfte die Herrschaft von Schlagworten; die Staaten könnten nicht schulmäßige Begriffe im Auge haben, sondern müßten die Befriedigung ihre praktischen Interessen anstreben.

Wien. Abgeordnetenhaus. Minister Steinbach führte weiter aus: Das Zurückströmen von Effekten umfasse hauptsächlich die Silberrente, das Ausland mißtraue Allem, was Silber heiße; er bleibe deshalb bei seiner Auffassung, daß das Band mit dem Silber vollständig durchschnitten werden müsse. Infolge der Begebung von 100 Millionen Goldrente seien 221½ Millionen bereits ausgeprägt oder in Ausprägung begriffen. In mehreren Jahren werde Oesterreich das nöthige Geld besitzen. Während Amerika eine starke Krisis durchgemacht habe, sei Oesterreich davon verschont geblieben, das sei ein Erfolg. Die Aufnahme der Baarzahlung müsse als Schlußstein des Ganzen im Auge behalten werden. Zum Schluß wurde die böhmische Ausnahme-Verordnung vorgelesen, die Dringlichkeit des Antrags der Jungczechen auf sofortige Aufhebung der Verordnung abgelehnt.

Wien. Ministerpräsident Graf Taaffe bereitete heute dem Abgeordnetenhause eine große Ueberraschung, indem er erklärte, daß die Regierung sich nicht länger der Nothwendigkeit der Wahlreform verschließen könne und aus eigener Initiative Vorlagen zur Ergänzung und Erweiterung der Wahlordnung einbringe. Das allgemeine Wahlrecht soll auf der Grundlage des Bildungscensus und unter Aufrechterhaltung der Curie des Großgrundbesitzes eingeführt werden; das Wahlrecht wird auf alle ausgedehnt, die ihre Militärpflicht erfüllt haben und lesen und schreiben können.

Paris. Auf eine Klage des Thierschutzvereins hat das Bayonner Gericht entschieden, Thiergefechte seien nicht strafbar, da das Gesetz blos öffentliche zwecklose Mißhandlungen von Hausthieren bestrafe. Thiergefechte aber nicht öffentlich, sondern nur gegen Eintrittsgeld Zuschauern zugänglich seien, die vorher wüßten, was ihnen geboten werden würde, auch nicht zwecklos genannt werden könnten, da sie den Zweck hätten, die Geschicklichkeit der Toreros zu zeigen und die Kampfthiere auch keine Hausthiere, sondern wilde Bestien seien.

Bern. Der Beitritt der Schweiz zur mitteleuropäischen Zeit vom 1. Juli 1894 an gilt als ziemlich sicher. Die Mehrheit des Bundesrathes ist dafür, namentlich seit Italien die neue Zeitrechnung ebenfalls acceptirt hat.

Charleroi. In den Kohlenbecken von Charleroi hat die Erregung erheblich nachgelassen. 2000 Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, die Agitationen sind eingestellt. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird sich voraussichtlich morgen in noch größerem Umfange zeigen.

Petersburg. Der zweite Direktor der insolventen russischen Handels- und Kommissionsbank Z. M. Zon wurde auf Veranlassung des Untersuchungsrichters verhaftet.

Kopenhagen. Neueren Bestimmungen zufolge wird die russische Kaiserfamilie bereits nächsten Montag abreisen. — Das Volksthing verwarf mit 51 gegen 18 Stimmen das provisorische Finanzgesetz.

Die Berliner Börse verlief ganz lustlos und zeigte keine entschiedene Haltung. Größere Umsätze fanden anfangs bei etwas höheren Kursen in Italienern statt, da das Goldagio aus Italien weichend gemeldet wird. Im weiteren Verlauf schwächte sich indeß die Tendenz auch hier. Italienische Bahnen gewannen mit der Steigerung der Renten etwas; die übrigen Bahnen waren still; nur schweizerische durch Realisationen gedrückt. Bergwerke relativ fest, aber geschäftslos. Schwach lagen österreichische Werthe, namentlich Kronenrente, die von Paris aus abgegeben wurde; auch Kreditaktien lustlos. Das günstige österreichische Budget für 1894 blieb unbeachtet. In der zweiten Börsenhälfte ging die Tendenz allgemein weiter zurück, da die Versteifung des Geldmarkts, sowie schwächere Londoner Kurse der Amerikaner verstimmten. Banken still, russische Anleihen recht schwach. Im Kassaverkehr deutsche Anleihen infolge des Anziehens des Privatdiskonts angeboten und schwächer, von fremden Argentinier, Rumänier und Griechen schwächer. Von Industriepapieren erfreuten sich Maschinenfabrik Löwe und Co. andauernden Interesses, dieselben zogen 3 Proz. an. Niedriger und angeboten waren Bauwerthe und Cement. Privatdiskont 4⅜ Proz. Nachbörse schwach. — Wetter: bedeckt, kühl. Westwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 297¼. Disconto 178,30. Dresdner Bank 138,20. Lombarden 85½. Laura 99,50. Ung. Goldr. 92,60. Bochumer —,—. Siemens —. Nordd. Lloyd —. Chemnitz Dresden —. Matt.

Paris. (3 Uhr Nachm.) Rente 98,50. Italiener —,—. Egypter —. Portugiesen 22,60. Türken 22,32. Türkenloose 99,90. Ottomanbank 605,—. Staatsbahn 621,25. Lombarden 222,50. Träge.

Friedrich & Glöckner empfehlen ihre anerkannt vorzüglichen Schnelltrocken-Firnisse und Lackfarben, ausgewogen nur in unseren Detail-Geschäften: Zwingerstrasse 15; Schäferstrasse 12; Löbtau: Tharandterstrasse 4.